

# Frauengerechte Kulturpolitik

Autor(en): **fb**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361550>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Neue Gleichstellungsmutter

sw. Patricia Schulz heisst die neue Leiterin des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und damit die Nachfolgerin von Claudia Kaumann. Patricia Schulz, 44jährig, war bis vor kurzem als Lehrbeauftragte an der Abteilung Verfassungsrecht der Universität Genf tätig, sie arbeitete auch in einem Nationalfonds-Forschungsprojekt zum Thema «Frau, Gesellschaft und Recht» mit. Seit 1972 ist sie Mitglied der Eigenössischen Kommission für Frauenfragen. Sie war massgeblich an der Ausarbeitung eines kantonalen Universitätsgesetzes beteiligt, das unter anderem auf eine bessere Frauenvertretung in dieser Institution abzielt. – Patricia Schulz wurde von Bundesrätin Ruth Dreifuss aus 80 Bewerberinnen ausgewählt.

Claudia Kaufmann baute das Gleichstellungsbüro in 5jähriger engagierter und kompetenter Arbeit auf. Wir danken ihr für diese ausserordentliche Leistung und wünschen ihr für ihr neues Wirkungsfeld im Generalsekretariat des Eidgenössischen Departementes des Inneren viel Power!

## Nationale Frauendemo

bo. Laut, kämpferisch und lustvoll – so soll der Internationale Frauentag nach zwei Jahren Pause gefeiert werden. Und das tut bei Backlash, Rezession, zunehmender Frauenfeindlichkeit und Gewalt not. Deshalb steht der Aktionstag unter dem Motto «Frauen, fordert eure Rechte!». Also ab nach Aarau am 5. März zu Demo, Fest und Referaten...

## Und noch ein gewonnener Lohnprozess

bo. Nach den Baslerinnen können sich die St. Gallerinnen über eine gewonnene Lohnklage freuen: Eine Lehrerin für psychiatrische Krankenpflege klagte gegen den Kanton, ihren Arbeitgeber, die im Vergleich zu Berufsschul-LehrerInnen rund 1000 Franken niedrigere Entlohnung ein und erhielt vom St. Galler Bezirksgericht vollumfänglich recht. Das Urteil wird Folgen für die Lohnneinstufungen im gesamten Pflegebereich haben.

## Mädchenhaus

bo. Im Frühjahr dieses Jahres – nach drei Jahren Vorarbeit – wollen die Frauen vom Zürcher Verein Mädchenhaus endlich einen geschützten Raum für sexuell ausgebeutete Mädchen und junge Frauen anbieten können. Aber noch immer ist die Finanzierung nicht gesichert, nachdem Stadt, Kanton und Bund die Unterstützung verweigert haben. Deshalb wollen die Teamfrauen ihr Projekt mit einer privaten TrägerInnenschaft – Spenden, Mitgliedschaft, Patenschaft – verwirklichen und nach einem Betriebsjahr erneut Subventionen erbitten. Bis im April sollte eine halbe Million Startkapital zusammenkommen.

Kontakt und Spendenkonto: Verein Mädchenhaus, Postfach 3221, 8031 Zürich, PC 80-21570-5.

## Frauen auf der Flucht

dw. Vom 4.–6. März organisiert «Terre des femmes» in Bonn eine Tagung unter dem Titel «Frauen auf der Flucht – geschlechtsspezifische Fluchtursachen und europäische Flüchtlingspolitik». Die Tagung verfolgt das Ziel, frauenspezifische Fluchtursachen und Fluchtbedingungen aufzuzeigen. Die Darstellung der Situation der Kurdinnen und der Frauen in Ex-Jugoslawien wird dabei beispielhaft für die aktuellen brennenden Probleme innerhalb Europas Thema sein. Am Beispiel der Situation von Flüchtlingsfrauen im ostafrikanischen und südasiatischen Raum werden geschlechtsspezifische Fluchtursachen verdeutlicht und besprochen werden.

Von «Terre des Femmes» ist ausserdem der neue Rundbrief mit den Schwerpunktthemen Vergewaltigung als Asylgrund, Menschenrechtsverletzungen an Frauen im Krieg, Frauen in Ostafrika, Tibet, Kurdinnen und Kinderprostitution in Brasilien erschienen.

Programme und Anmeldeformulare für die Tagung und der Rundbrief (Preis DM 7.50 einschl. Versand, gegen Briefmarken) können angefordert werden bei: Terre des Femmes e.V., Nauklerstrasse 60, D 72074 Tübingen.

## Lesbenkultur

dw. Unter dem Motto «Lesbenkultur» hat die Lesbianberatung Zürich im Januar mit verschiedenen Veranstaltungen (Fotoausstellung, Vorträge, Lesungen, Fest) ihr 5-jähriges Bestehen gefeiert. Seit fünf Jahren bietet sie lesbischen Frauen Hilfe durch Gespräche und Informationen. Der rege Zulauf von rund 150 Hilfesuchenden jedes Jahr

zeigt nicht nur den Erfolg der Lesbianberatung, sondern auch wie problematisch die Situation für lesbische Frauen nach wie vor ist.

## Keine zweite Regierungsrätin für Basel

dw. Bei der Regierungersatzwahl vom 21./23. Januar wurde die SP-Kandidatin Beatrice Breitenmoser nicht in die Basler Regierung gewählt. Mit der eindeutigen Wahl von Hans Martin Tschudi (DSP) ist somit die Forderung nach einer besseren Repräsentanz der Frauen in der Basler Regierung gescheitert.

## «Frau und...»

dw. Zu seinem 30-jährigen Bestehen veranstaltet das Theater Heddy Maria Wettstein (Zürich) – das während der ganzen Zeit von einer Frau geleitet wurde – eine Vortragsreihe, die ausschliesslich Frauen zu Wort kommen lässt. Eingeladen sind sehr verschiedene Frauen; reden werden sie über die unterschiedlichsten Themen. Die Reihe geht von «Frau und Politik» (Monika Weber) über «Frau und fragwürdiges Schönheitsideal» (Silvia Affolter) bis hin zu «Frau und Showbusiness» (Gabriela Amgarten) – die genaue Angaben kann frau dem Veranstaltungskalender entnehmen. Als Abschluss ist für Ende 1994 eine Diskussion mit allen Referentinnen geplant.

## Frauengerechte Kulturpolitik

fb. Eine von vielen namhaften Kunst- und Kulturfrauen unterstützte Petition ist auf dem Weg zum Zürcher Stadtrat. Ihre Hauptforderung ist die gleichmässige Verteilung städtischer Kulturförderungsbeiträge an Frauen und Männer, sprich: die Hälfte des budgetierten Geldes soll neu in die Hände von kunstschaaffenden Frauen fliessen. Die Benachteiligung von Künstlerinnen zieht sich – mit Ausnahme der Tanzförderung – auch in der Stadt Zürich durch sämtliche Kunstsparten. Von den insgesamt 4,6 Mio. Franken, die der Kulturförderung zur Verfügung standen, erhielten Künstlerinnen gerade mal 17,5 Prozent, also 813 000 Franken. Der ungleichen Beteiligung kunstschaaffender Frauen an den städtischen Subventionen dürfte der augenscheinlich schwer zu beseitigende Chauvinismus zugrunde liegen, dass Frauen zwar zu Kreuzstich und Makramé, nicht aber zur Produktion von Kunst in der Lage seien. Eine Möglichkeit, genau das Ge-

# Emanzipation

- Normalabo Fr. 49.–
- Unterstützungsabo 75.–
- Solidaritätsabo ab 100.–
- Auslandabo Europa 60.–
- Auslandabo Übersee 70.–

ersch. 10 mal im Jahr!

Name

Adresse

Datum/Unterschrift

Einsenden an: EMI, Postfach 168, 3000 Bern 22

genteil in aller Deutlichkeit ausleben zu können, sehen die Initiantinnen in der versuchsweisen Einsetzung einer Frauenkommission, die parallel zur städtischen Kunstkommission agiert, jedoch im Unterschied zu dieser ausschliesslich Werke von Frauen juriert. Auf diese Weise sollen weibliche Lebenszusammenhänge und -inhalte als Qualitätskriterien in die Kunst einfließen und soll die einseitige Orientierung am männlichen Kunstverständnis in den städtischen Gremien gründlich und grundsätzlich hinterfragt werden.

Kontakt: Arbeitsgruppe «Frauengerechte Kulturpolitik», c/o Sekretariat FraP, Postfach 1137, 8036 Zürich.

## UNIFEM Schweiz/Liechtenstein

dw. Als fünfzehntes nationales Komitee haben VertreterInnen von Frauenorganisationen, Hilfswerken und Politik «UNIFEM Schweiz/Liechtenstein» gegründet, das von jetzt an Frauenprojekte in Entwicklungsgebieten finanziell und organisatorisch unterstützen wird. Zur Präsidentin wurde die Lausannerin Danielle Bridel gewählt.

Der 1976 gegründete UNIFEM ist eine UNO-Agentur, die in der Dritten Welt Hilfe für Frauenprojekte vermittelt, die den Frauen das Mitplanen und -beschliessen in Entwicklungsbelangen ermöglicht. Zudem will der Fonds den Standpunkt der Frauen in der UNO vertreten.

## Frauenkonferenz Peking 1995

fb. Die Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995 rückt näher, die Vorbereitungen für das parallel dazu stattfindende Forum der Non-Governmental-Organizations (Nichtregierungsorganisationen, NGO) laufen auf Hochtouren. Vom «Frauenrat für Aussenpolitik» (FrAu) kam der Vorschlag, im Sommer in Prag ein Vorbereitungsseminar zu veranstalten, im Oktober soll in Wien ein Regionaltreffen Europas stattfinden. Ausserdem hält der «Frauenrat» am 26. Februar ein Nachfolgetreffen der Menschenrechtstagung ab, das auch Vorbereitungsgespräche für Peking beinhalten soll.

Diese Vorbereitungsveranstaltungen sollen den Frauen-NGO's ermöglichen, sich auf gemeinsame Thesen und Schwerpunkte zu einigen, um dann mit ausgefeilten Konsenspapieren wirksam aufzutreten zu können. Diese Strategie hatte sich z.B. bei der letztjährigen internationalen Menschenrechtskonferenz als äusserst erfolgreich erwiesen. Die

## In eigener Sache

Die «Emanzipation» ist nicht mehr Organ der OFRA. Die schon seit Jahren in der Praxis bestehende Trennung wurde 1993 auch formal vollzogen. Die unabhängige feministische Zeitschrift wird nun vom Verein «Emanzipation», der sich aus Redaktorinnen und Mitarbeiterinnen konstituiert, herausgegeben und getragen. Sie ist weiterhin Sprachrohr für feministisch und frauenpolitisch engagierte Frauen in der Schweiz und somit auch weiterhin mit der OFRA ideell verschwistert.

## DIE REDAKTION

Länder-Sektionen der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit» (IFFF) diskutieren derzeit die an der letzten Weltfrauenkonferenz von 1985 erarbeiteten «Forward Looking Strategies for the Advancement of Women to the Year 2000». Dabei dürfte von besonderem Interesse sein, inwiefern diese Forderungen zur Förderung von Frauen von den jeweiligen Länderregierungen umgesetzt worden sind.

Die offizielle Agenda der Pekinger Weltfrauenkonferenz enthält die folgenden vier Schwerpunkte: Frauen in Entscheidungsprozessen, Frauen in extremer Armut, Gewalt gegen Frauen, Bildung der Frauen.

FrAu-Nachfolgetreffen: 26. Februar 1994, 13 Uhr, Frauenzentrum Zürich, Mattengasse 27, 8005 Zürich. Tel. 01/272 85 03. Weitere Kontakte bzgl. Peking: IFFF, 1, rue de Varembe, 1211 Genève, Tel. 022/ 733 61 75.

## Protest

bo. Die Zürcher Frauen der «Antigena» wehren sich gemeinsam mit anderen Gruppen gegen das vom Zürcher Regierungsrat geplante Internierungslager für «auszuschaffende» AusländerInnen auf dem Flughafengelände Kloten. Zur Internierung soll ein Sonderrecht geschaffen werden, das administrative Haft ohne strafrechtliches Urteil möglich macht. Als Protestaktion wurde eine achtteilige Postkartenserie, gestaltet von KünstlerInnen, lanciert.

Kartenserie zum Preis von Fr. 8.– plus Fr. 3.– Versandkosten bei: Stop dem Rassismus, Postfach 61, 8023 Zürich (Vermerk Koordination Anti-Internierung), Tel. 01/ 241 24 33.

## Bundesrätinnen

fb. Während der Verein «Frauen in den Bundesrat» in seinem Dezember-Bulletin zum Stimmensammeln für die Quoteninitiative aufruft, sucht der Frauen-Bundesrat und Aktion «100 Frauen 1995 in den Nationalrat» via Fragebogen Expertinnen, die ihre Erfahrungen auf den unterschiedlichsten Gebieten dem Projekt eines weiblichen Parallel-Bundesrates zugute kommen lassen. Gemeinsam ist beiden das Ziel, die Untervertretung der Frauen in Legislative und Exekutive endlich in gleichberechtigtes Mitregieren umzuwandeln.

Kontakte: Frauen in den Bundesrat, Postfach, 8031 Zürich, Tel./Fax 01/ 272 06 81. Frauen-Bundesrat, Koordinationsstelle, metavola club, Am Schanzengraben 11, 8002 Zürich, Tel. 01 201 90 94, Fax 01 201 90 96.

## Wo endet Europa?

fb. Die Helsinki Citizens Assembly (hCa) entstand in der Endphase des Kalten Krieges aus Gruppen der ost und westeuropäischen BürgerInnenbewegung. Ihre letzte Konferenz fand vom 2.–5. Dezember 1993 unter obigem Titel in Ankara statt.

Der Symbolik des Tagungsortes zufolge mündeten alle Menschenrechtsdiskussionen der Frauenworkshops in die brennende «Kurdenfrage». Die türkischen und kurdischen Rednerinnen erklärten sich auf dem Podium zwar generell zur Verschwisterung über alle Konfliktgrenzen und die von Männern propagierten Feindbilder hinweg bereit – die Erfüllung dieser Wünsche blieb jedoch aus: Sobald die Türkinnen von den kurdischen Frauen ihre deutliche Distanzierung gegenüber der PKK forderten, die mit Gewaltmitteln Widerstand gegen den türkischen Staat leistet, konterten die Kurdinnen, dass, solange sie in ihren gewaltfreien politischen Aktivitäten stets von Unterdrückung, Inhaftierung und Folter durch die offizielle Türkei bedroht wären, sie die Forderungen der PKK nicht verraten könnten. Damit war in der Diskussion ein Grad des Dissenses erreicht, der es selbst den westeuropäischen Frauengruppen zu verunmöglichen schien, öffentlich Solidarität mit den Kurdinnen zu bezeugen. – Zu bedenken wäre bei diesem Verhalten allerdings, ob das Plädoyer für Gewaltlosigkeit letztlich nicht dem türkischen Staat als ideologisches Kampfmittel für seine terroristische Verfolgung des kurdischen Volkes bestens in die Hände spielt.

## Gesetzesrevisionen

fb. In der Dezembernummer von «F-Frauenfragen» veröffentlicht die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen ihre (ablehnende) Stellungnahme zu den bevorstehenden Teilrevisionen des Arbeitsgesetzes (Aufhebung des bisherigen Sonderschutzes für nacht- und sonntagsarbeitende Frauen) und der Arbeitslosenversicherung. Beide Revisionsentwürfe hätten, bei Durchsetzung ihrer jeweils restriktivsten Variante, eine Verschlechterung der Situation von erwerbslosen und erwerbstätigen Frauen zur Folge.